



GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2017 / 2018

Verantwortung übernehmen – solidarisch handeln!

Stadtrat Joschua Konrad

Inhaltsverzeichnis

Stadtentwicklung, Wohnen und Sicherheit.....	3
Verkehr	4
Energie, Umwelt, Naturschutz	5
Tierschutz und Verbraucher*innenschutz	6
Kultur, Events, Tourismus.....	7
Wirtschaftsförderung, Hochschulen, Stadtmarketing	8
Bildung, Kinder, Jugend.....	10
Soziales, Arbeitsförderung, Integration	12
Gesundheit, Sport, Veranstaltungen	14
Verwaltung, Digitalisierung, Open Government, Personal, städtische Gesellschaften	16
Haushalt.....	17
Dank und Anregungen	19

2 Sehr verehrte Anwesende,

3 viel Ärger schlägt einem entgegen, wenn man mit den Menschen über die aktuelle Politik
4 in unserer Stadt spricht. Das Verständnis für die harten Einschnitte, die die Sparpolitik in
5 vielen Bereichen mit sich bringt, scheint gering. Die Karlsruherinnen und Karlsruher fragen
6 sich, wie es überhaupt so weit kommen konnte.

7 Bereits bei den letzten Haushaltsberatungen gab es kritische Stimmen, die die
8 Notwendigkeit finanziell umzusteuern anmahnten – von meiner Fraktion, aber auch von
9 Ihnen Herr Oberbürgermeister und Frau Finanzbürgermeisterin. Am Ende war es aber der
10 Gemeinderat, der dafür sorgte, dass sich zum ersten Mal die Ergebnisse durch die
11 Haushaltsberatungen verbesserten – nur deshalb waren diese positiv. Damit haben wir
12 frühzeitig Verantwortung für nachhaltige Stadtfinanzen übernommen. In Ihrer diesjährigen
13 Haushaltsrede zeichnen Sie ein positives Zukunftsbild für unsere Stadt – wenn die
14 Sparanstrengungen erst mal vorüber sind. Aber: Nice-to-have wird es auf absehbare Zeit
15 in Karlsruhe nicht mehr geben können.

16 Wie wir in diese schwierige Situation geraten sind, hat verschiedene Gründe. Neben den
17 horrenden Ausgaben für vergangene und laufende Großprojekte, wie Neue Messe und U-
18 Strab, spielt auch die Übernahme immer neuer Aufgaben eine Rolle. Wir würden uns
19 wünschen, dass Verwaltungsspitze und Gemeinderat sich hier verantwortlich zeigen und
20 heutige Entscheidungen vor diesem Hintergrund reflektieren. Auch bei „Aufgaben im
21 gesamtstädtischen Interesse“, die Sie, Frau Luczak-Schwarz, anführen, muss aus unserer
22 Sicht geklärt sein, wie sie finanziert werden sollen.

23 Wir GRÜNE haben uns immer für eine nachhaltige Haushaltspolitik und gegen
24 Großprojekte eingesetzt.

25 Mit den schmerzhaften Einsparungen übernehmen auch wir jetzt Verantwortung für Fehler
26 der Vergangenheit.

27 Entsprechend häufig werden wir gefragt, warum wir nicht denjenigen diese Aufgabe
28 überlassen, die die finanzielle Schieflage verursacht haben.

29 Wir müssen jetzt Verantwortung übernehmen, um weiterhin solidarisch handeln zu
30 können. Das bedeutet, Alternativen aufzuzeigen, die möglichst viele unsoziale und
31 unsinnige Einsparungen abwenden können.

32 Denn Solidarität darf nicht bei den Schwachen von heute aufhören. Die Probleme von
33 armen und wirtschaftlich oder sozial abgehängten Menschen werden nicht geringer, wenn
34 wir sie in die Zukunft verschieben.

35 Solidarität bedeutet auch, Verantwortung für diejenigen zu übernehmen, die nach uns
36 kommen. Wir müssen ihre Lebensgrundlagen – Natur und Umwelt – erhalten und ihnen
37 finanzielle Spielräume ermöglichen, damit auch sie gute Lebensbedingungen vorfinden
38 und nach ihren Vorstellungen gestalten können.

39 Das Geld, welches uns auf unserer kommunalen Ebene fehlt, kann auch nicht über immer
40 neue Erhöhungen der Gewerbesteuer hereingeholt werden. Wenn deshalb
41 Wirtschaftsunternehmen abwandern, entziehen wir uns künftigen politischen Spielraum
42 und steuern auf noch größere Probleme zu.

43 Leider bereitet der Bundesfinanzminister trotz wachsender Aufgaben
44 Steuererleichterungen vor und schiebt so soziale Verantwortung auf die darunter
45 liegenden Ebenen ab, die in der Steuerpolitik kaum eigene Spielräume haben.

46 Wenn einige nun mutmaßen, die Kommunen müssten nur genügend Schulden anhäufen,
47 damit Land und Bund gegensteuern und mehr Geld zur Verfügung stellen, kann ich nur
48 den Blick in andere Bundesländer empfehlen, denen es wirtschaftlich weniger gut geht.
49 Trotz der prekären finanziellen Situation in vielen Kommunen wird weder auf Bundes-
50 noch auf Landesebene reagiert. Dort sind deshalb Einsparungen in Kernbereichen der
51 Daseinsfürsorge an der Tagesordnung.

52 Und uns geht es also vergleichsweise gut.

53 Deshalb sollten wir nicht nur, sondern müssen, mit dem Geld gestalten, was wir haben
54 und nicht mit dem, was wir gerne hätten - aus Solidarität mit denen, die Unterstützung
55 benötigen und aus Verantwortung für die zukünftigen Generationen

56 **Stadtentwicklung, Wohnen und Sicherheit**

57 Wir wollen eine ökologisch-soziale Stadtentwicklung, die allen Menschen ein attraktives
58 Wohnumfeld bietet – dies ist auch das Ziel des Konzepts „Grüne Stadt“ unter
59 Federführung des Umweltdezernats. Wichtig ist uns, dass diese Qualität allen Menschen
60 unserer Stadt zukommt, unabhängig von sozialer Herkunft und Einkommen.

61 Die Wohnungsnot in Karlsruhe wollen wir durch zusätzlichen Wohnungsbau lindern. Daher
62 werden wir beantragen, die Karlsruher Wohnraumförderung (KaWoF) auf dem bisherigen
63 Niveau zu belassen.

64 Verstärkter Wohnungsbau soll aber möglichst durch Innenentwicklung geschehen, also
65 ohne Bebauung außerhalb der Siedlungsflächen. Gleichzeitig muss die Stadt auch im
66 Inneren grün bleiben.

67 Denn auch Karlsruhe wird nicht von den Folgen der globalen Erwärmung verschont
68 bleiben. Das ist eine schwierige Abwägung im Einzelfall.

69 Grundsätzlich wollen wir mit städtischen Anpassungsmaßnahmen das Mikroklima
70 verbessern, zum Beispiel durch Begrünung und das Pflanzen neuer Bäume.

71 „Sich sicher zu fühlen“ ist den Menschen wichtig. Die Gewährleistung der allgemeinen
72 Sicherheit im öffentlichen Raum ist vorrangig Aufgabe der Polizei, also Landesaufgabe.

73 Die Einführung des kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) wurde von uns immer kritisch
74 gesehen. Dennoch erkennen wir an, dass in Anbetracht der aktuell geringen gefühlten
75 Sicherheit in Karlsruhe ein Abschmelzen dieser Institution nicht vermittelbar wäre.
76 Wichtiger ist aus GRÜNER Sicht Präventionsarbeit und Konfliktvermittlung, die beratend
77 eingreift, bevor es zu Auseinandersetzungen kommt. Das zeigt sich aktuell am
78 Werderplatz. Wir meinen, dass für eine Verbesserung der Lage vor allem mehr soziale
79 Hilfen nötig sind. Deshalb wollen wir mehr Geld für zusätzliche Straßensozialarbeit
80 einstellen.

81 **Verkehr**

82 Gerade in einer Großstadt sind beim Verkehr saubere Luft und Lärminderung oberstes
83 Gebot. Darum müssen umweltfreundliche Verkehrsmittel gestärkt werden. Die bisher
84 geplanten Einsparungen bei Bus- und Bahnverkehr halten wir gerade noch für tragbar.
85 Wesentliche Einschnitte in diesem Bereich schließen wir aber aus.

86 Lärm macht krank. Häufig sind gerade Menschen mit geringen finanziellen Mitteln in
87 weniger attraktiven Wohnlagen besonders von Lärm belastet. Lärmschutz ist deshalb auch
88 eine Frage von Solidarität und Verantwortungsübernahme.

89 Der Lärmaktionsplan zeigt auf, wo die Lärmhotspots in Karlsruhe liegen. Für die Projekte
90 aus dem Lärmaktionsplan muss auch in Zukunft genügend Geld zur Verfügung stehen.

91 In der Vergangenheit wurden aber immer wieder geplante Maßnahmen nicht umgesetzt.
92 Deshalb sollten mehr Projekte "auf Vorrat" durchgeplant werden, die als Ersatz für
93 ausfallende Maßnahmen durchgeführt werden können.

94 Für viele kritische Bereiche, wie besondere Schienenpflege in der Herrenalber Straße,
95 werden in diesem Haushalt nun Mittel eingestellt. Mehrkosten für lärm mindernden Asphalt
96 auf den Autobahnen tragen wir gerne mit. Für die zuständige Bundesregierung ist es aber
97 ein Armutszeugnis, dass sie diese nicht selbst trägt.

98 Lärm und Abgase hängen eng mit der Menge des Individualverkehrs zusammen. Deshalb
99 ist die Stärkung des Umweltverbundes aus Fuß-, Rad, Bus- und Bahnverkehr für uns
100 GRÜNE die Zukunftsaufgabe der Stadt im Verkehrsbereich.

101 Einige Maßnahmen, die wir im letzten Haushalt noch beantragen mussten, sind nun
102 bereits im Entwurf enthalten. Das freut uns.

103 Dazu gehören 5 Millionen jährlich für Fahrzeugbeschaffung, um die städtische
104 Fahrzeugflotte auf den neuesten Stand zu bringen. Wo dies möglich ist, sollte auf kleinere
105 Fahrzeuge umgestiegen werden – vor allem Fahrräder und Pedelecs. Das ist
106 ökologischer, leiser und kostet weniger.

107 Um Karlsruhe zu einer wirklich fahrrad-freundlichen Stadt machen zu können, sollte das

108 20-Punkte Programm zur Förderung des Radverkehrs schneller umgesetzt werden. Einer
109 Kürzung um ein Viertel beim Radwegebau stellen wir uns entgegen und beantragen, wie
110 früher, 1,3 Millionen Euro jährlich für Radverkehr fördernde Baumaßnahmen vorzusehen.

111 Durch einen Vorstoß der Durlacher GRÜNEN soll beim Durlacher Bahnhof eine
112 Richtungsfahrbahn der alten B10 in einen Park&Ride-Platz umgestaltet werden. Wir
113 begrüßen diese sinnvolle Umnutzung einer nach heutigen Maßstäben
114 überdimensionierten Straße. Das kann zur Reduzierung des Individualverkehrs beitragen.

115 Bis 2022 müssen alle Haltestellen von Bus und Bahn barrierefrei umgebaut sein. Uns
116 freut, dass Solidarität mit mobilitätseingeschränkten Menschen nicht nur bei uns, sondern
117 auch bei der VBK ein wichtiges Anliegen ist und wir in diesem Bereich große Fortschritte
118 machen.

119 Im Verkehrsbereich wird uns die Kombilösung in naher Zukunft finanziell sehr stark
120 belasten. Lange Zeit wurden falsche Versprechungen gemacht. Auf die unrealistischen
121 Zahlen und Querfinanzierungen haben wir GRÜNE schon damals hingewiesen.
122 Inzwischen ist der Eigenanteil der Stadt auf das Sechsfache der ursprünglichen Planung
123 prognostiziert. Die riesigen Schuldenberge, die derzeit in der KASIG angehäuft werden,
124 müssen ab 2019 abgetragen werden. Die Folgekosten werden jährlich mit rund 30
125 Millionen Euro oder mehr zu Buche schlagen – die dadurch notwendigen Einsparungen im
126 Kämmereihaushalt werden schwerwiegende Folgen in allen Bereichen haben.

127 **Energie, Umwelt, Naturschutz**

128 Solidarität mit unseren Kindern, Kindeskindern und allen folgenden Generationen sowie
129 Achtsamkeit gegenüber allen Lebewesen auf unserem Planeten bedeutet auch,
130 Verantwortung für Natur und Umwelt zu übernehmen. Denn, was wir dort heute zerstören,
131 kann und teilweise gar nicht wiederhergestellt werden.

132 Klimaschutz als internationale Aufgabe muss auch auf kommunaler Ebene betrieben
133 werden. Viele positive Ansätze für den Klimaschutz finden sich im Haushalt wieder.

134 Das D-A-CH-Projekt von deutschen, österreichischen und schweizerischen Kommunen
135 setzt sich für eine energieeffiziente Stadt ein. Außerdem wurde Geld für Ökostrom in
136 Karlsruher Liegenschaften und den Klimaschutzfonds, der wirtschaftliche Investitionen in
137 Klimaschutzmaßnahmen unterstützen soll, eingestellt.

138 Karlsruhe will getreu dem „2-2-2“-Ziel bis 2020 den Energieverbrauch und die CO₂-
139 Emissionen um 2 % senken und den Anteil erneuerbarer Energien verdoppeln. Bis 2050
140 wollen wir klimaneutral sein. Zwar verbessern sich die CO₂-Bilanzen der Stadt und der
141 Privatleute stetig. Diese Fortschritte werden aber leider vom lokalen Wirtschaftswachstum
142 wieder zunichte gemacht.

143

144 Mit über einem Zehntel geplanter Kürzung bei Klimaschutzfonds und der Karlsruher
145 Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) in den kommenden vier Jahren gibt die Stadt
146 diese Zielsetzungen auf. Dazu sind wir GRÜNE nicht bereit

147 Im Naturschutz übernimmt die Stadt Verantwortung für den Erhalt der Artenvielfalt und der
148 Lebensräume vor Ort. Wichtige Maßnahmen umfassen hier die Schaffung adäquater
149 Lebensbedingungen für Insekten und Vögel sowie die Anpflanzung heimischer
150 standorttypischer Sträucher und Bäume und deren Schutz. Um die Kosten zu begrenzen,
151 sollen aber auch vermehrt Privatpersonen für dieses Ziel gewonnen werden. Wir GRÜNE
152 setzen wir uns für ein engmaschiges Biotopverbundnetz ein, das von Grötzingen und den
153 Höhenstadtteilen bis zum Rhein reicht. Bei besonders wertvollen Schutzgebieten muss
154 eine kontinuierliche und fachgerechte Pflege gewährleistet sein.

155 Um Natur und Umwelt nachhaltig zu schützen, wollen wir jungen Menschen verstärkt ihre
156 Verantwortung in diesem Bereich bewusst machen.

157 Hierfür sollten die Waldpädagogik wie auch die Kooperationen von Umweltverbänden mit
158 Ganztagschulen ausgebaut werden.

159 Gerade dem Zoo kommt bei der Vermittlung von Artenschutz, Lebensraumerhalt und
160 Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen eine wichtige Rolle zu – aus GRÜNER Sicht stellt
161 dies sogar seine Hauptaufgabe dar.

162 **Tierschutz und Verbraucher*innenschutz**

163 Maßnahmen für eine Verbesserung der Tierhaltung im Zoologischen Stadtgarten werden
164 von uns gerne unterstützt. Wir begrüßen die Erweiterung der Elefantenanlage als ein
165 Tierschutzprojekt für alte Zirkuselefanten.

166 Eine weitere Ausweitung der Tierarten zusätzlich zum Exotenhaus sehen wir dagegen
167 sehr kritisch.

168 Durch den Tierschutzfonds und viel ehrenamtliche Arbeit konnte in der Vergangenheit viel
169 erreicht werden. So konnte die Bildung von Streunerpopulationen vermieden werden.

170 Auch gibt es in Karlsruhe kaum frei lebende kranke oder unterernährte Tiere.

171 Die vorgesehene Kürzung auf ein Drittel der bisherigen Mittel gefährdet diese Erfolge.

172 Daher werden wir beantragen, die Kürzung zum Teil zurückzunehmen.

173 Auch durch den Konsum von biologischem Essen übernehmen Verbraucherinnen und
174 Verbraucher Verantwortung für Tierwohl, Natur- und Artenschutz. Um zum Nachdenken
175 anzuregen und verantwortungsvollen Genuss zu ermöglichen, beantragen wir, dass in
176 städtischen Kantinen Essen zu einem Viertel aus Bio-Produkten hergestellt wird.

177 Wir sind überzeugt, dass viele Verbraucherinnen und Verbraucher gezielte Informationen
178 über die Folgen ihres Konsumes suchen. Dazu benötigen sie eine Anlaufstelle, die sie bei

179 ihren Fragen und Problemen unterstützt.
180 Um die Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg für Karlsruhe zu
181 erhalten, muss deshalb der sehr geringe Zuschuss von 8.500 € jährlich dringend erhalten
182 werden.

183 **Kultur, Events, Tourismus**

184 Kultur belebt die Stadtgesellschaft und setzt wichtige Impulse, sowohl bei der
185 Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wie auch in der Wahrnehmung von Gegenwart
186 und Zukunft.

187 Im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses schlugen die Wellen nirgends so hoch
188 wie im Bereich Kultur. Unzählige Schreiben, die wir erhalten und beantwortet haben,
189 sowie unzählige – auch viele überregionale – Medienberichte sprechen für sich.
190 Umso bemerkenswerter ist es, dass das Wort „Kultur“ in der Haushaltsrede der Wirt-
191 schaftsbürgermeisterin kein einziges Mal auftaucht und auch Sie, Herr Oberbürgermeister,
192 diesen Bereich fast vollständig ausgespart haben.

193 Auch insgesamt ist es ist deutlich stiller geworden um die Einsparungen im Kulturbereich.
194 Der Blick in den Haushaltsentwurf der Stadt erklärt dies: Die Kürzungen fallen sehr viel
195 geringer aus, als sie ursprünglich angesetzt waren. Da die Mietkosten der Kultur-
196 einrichtungen aus dem Kürzungsansatz von 3,6 % ausgenommen wurden, ergeben sich
197 für die meisten Einrichtungen moderate Minderleistungen. Die wesentlichen Kürzungen
198 resultieren aus der kompletten Streichung einiger Förderungen und der Umstrukturierung
199 bzw. Streichung von Festivals.

200 Besonders schmerzlich ist für uns GRÜNE der Verlust von KIX und JUX – den kulturellen
201 Kinder- und Jugendfestivals. Wir halten es für falsch, ausgerechnet bei der kulturellen
202 Bildung junger Menschen den Rotstift anzusetzen. Zumal mit KIX und JUX viele Kinder
203 und Jugendliche erreicht wurden, in deren Umfeld Kultur keine so große Rolle spielt. Wir
204 bedauern sehr, dass unser Erhaltungsantrag hierfür im Gemeinderat keine Mehrheit fand.
205 Wir hoffen aber, dass es dem Stadtjugendausschuss dank seiner Kompetenz und Erfah-
206 rung gelingen wird, künstlerisches Erleben in die Kinderstadt Karlopolis zu integrieren.

207 Aber auch die Kindermalwerkstatt fördert künstlerisches Erleben durch Kinder mit ganz
208 unterschiedlichen Hintergründen. Die Trennung der Kindermalwerkstatt aus der ohnehin
209 wenig passenden Zweckgemeinschaft mit der Volkshochschule entlässt die
210 Kindermalwerkstatt in eine aussichtslose finanzielle Lage. Das möchten wir mir mit einem
211 entsprechenden Antrag ändern.

212 Im 20-jährigen Bestehen der „Karlsruher Gespräche“ ist es dieser Veranstaltung immer
213 wieder gelungen, „brennende“ Themen mit hochkarätigen Referentinnen und Referenten
214 zu beleuchten. Dementsprechend erhält sie viel Zuspruch. Wir beantragen deshalb deren

215 Fortbestand, sofern das KIT und Sponsoren weiterhin die Basis dafür bilden.

216 Gerade weil die Kürzungen im Kulturbereich im kommenden Doppelhaushalt deutlich
217 geringer ausfallen als ursprünglich geplant, müssen wir uns in den folgenden Jahren der
218 Haushaltsstabilisierung mit dem Kulturbereich noch genauer beschäftigen. Wir GRÜNE
219 werden dabei unserem Leitmotiv „Verantwortung übernehmen – solidarisch handeln“
220 folgen. Dies bedeutet für den Kulturbereich, Strukturen zu erhalten und kulturelle Vielfalt
221 zu sichern.

222 Gerade die vielen kleinen und auch größeren soziokulturellen Zentren und Kulturvereine
223 ermöglichen mit ihrem vielfältigen Angebot allen Bevölkerungsschichten die Teilhabe an
224 Kultur.

225 Bei einer der großen Einrichtungen, dem Badischen Staatstheater, sind große Summen
226 für den Neubau eines Schauspielhauses und die Sanierung des Bestandsgebäudes
227 eingestellt. Unser Ziel ist es, den vom Gemeinderat beschlossenen Kostenrahmen von
228 125 Mio. € einzuhalten. An der modularen – also schrittweisen – Bauweise im laufenden
229 Spielbetrieb werden wir unbedingt festhalten. Dies ermöglicht, Kosten und
230 Geschwindigkeit von Umbau und Erweiterung den aktuellen Möglichkeiten des städtischen
231 Haushalts anzupassen.

232 Kritisch sehen wir die in den letzten Jahren gestiegenen Ausgaben für Events. Allein die
233 Betriebs- und Infrastrukturkosten für die Event GmbH liegen bei über einer Million jährlich.
234 Wir sehen die gute und erfolgreiche Arbeit, die die Verantwortlichen in diesem Bereich
235 leisten - aktuell am Erfolg der Schlosslichtspiele in Zusammenarbeit mit dem ZKM.
236 Kurze oder eintägige Events jedoch, die hohe Kosten verursachen, entsprechen nicht
237 unserer Vorstellung von verantwortlichem Handeln in Zeiten der Haushaltsstabilisierung.
238 Deshalb muss auch dieser Bereich aus unserer Sicht künftig einen entsprechenden
239 Sparbeitrag leisten.

240 **Wirtschaftsförderung, Hochschulen, Stadtmarketing**

241 Die vor Ort ansässige Wirtschaft ist durch die Gewerbesteuer die größte beeinflussbare
242 Einnahmequelle der Stadt und deshalb ein wichtiges Haushaltsthema. Um diese zu
243 pflegen, bleiben sinnvollerweise die Mittel für die „Aufwertung der Innenstadt“ als
244 Einkaufsstadt stabil. Sie verpuffen aber angesichts unseres zweifelhaften Rufes als
245 „Baustellenhauptstadt“. Während Filialisten sich ohne Probleme über die schwierige Zeit
246 retten können, sind es gerade inhaberinnen- und inhabergeführte Geschäfte, denen das
247 Fernbleiben von Kundschaft auch noch über die Baustellenzeit hinaus zu schaffen
248 machen wird. Diese bilden aber das Rückgrat einer attraktiven Einkaufsstadt. Deswegen
249 setzen wir uns schon immer dafür ein, das Entschädigungsmanagement der KASIG an
250 deren Bedürfnisse anzupassen und die Einschränkungen möglichst gering zu halten.

251 Nicht nur für Gäste, sondern auch für Fachkräfte und Unternehmen muss Karlsruhe
252 attraktiv sein.

253 Die städtische Zielsetzung im Bereich Wirtschaftsförderung – „Sicherung und
254 Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes“, die Orientierung auf eine „nachhaltig
255 wachsende Wirtschaft“ und die „gezielte Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes“ –
256 entspricht unserem Ansatz, nicht ohne Konzept um Unternehmen jeder Art zu buhlen. Im
257 Gegenteil: Karlsruhe kann mit Netzwerken aufwarten, die Synergien in den Kernbereichen
258 IT, Energie und Kreativwirtschaft ermöglichen. Aus unserer Sicht würde Karlsruhe durch
259 die Fokussierung auf EINE Marke im Stadtmarketing profitieren.

260 Um Fachkräfte, Gründungswillige und Unternehmen anzuziehen, sollten die Menschen
261 beim Wort Hightech an Karlsruhe denken, wie sie beim Wort Hipster an Berlin denken.

262 Gleichzeitig sind dies Bereiche, bei denen sich verantwortungsbewusstes Wachstum und
263 schonender Umgang mit Ressourcen verknüpfen lassen – bis hin zu Innovationen, die den
264 Ressourcenverbrauch verringern. Unternehmen bei entsprechenden Anstrengungen zu
265 unterstützen, die dies auch als Marketingfaktor nutzen können, könnte eine weitere Stärke
266 Karlsruhes darstellen. Ein allererster Schritt war das Handbuch „Ressourcenoptimiertes
267 Gewerbeflächenmanagement“, für das wir GRÜNE lange gekämpft haben.

268 Trotz der damit gewonnenen positiven Erfahrungen und der deutschlandweiten
269 Aufmerksamkeit, von denen uns die Verwaltung mehrfach berichtet hat, wurde dieses
270 Instrument im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vom Amt für Wirtschaftsförderung
271 bereitwillig preisgegeben. An dieser Stelle ziehen wir das Fazit, dass ein solcher Ansatz
272 mit den bei uns derzeit in diesem Bereich verantwortlichen Personen offenbar nicht zu
273 verwirklichen ist und verzichten auf einen erneuten Antrag.

274 Die Gründungsbegleitung und -förderung als Instrument zur Wirtschafts- und
275 Innovationsförderung wird im Gegensatz dazu mit großem Elan verfolgt. Für uns GRÜNE
276 stellt sich allerdings die Frage, ob im „Förderdschungel“ von Bund und Land die
277 städtischen Mittel nicht effizienter zur Gründungsberatung und Unterstützung bei der
278 Fördermittelakquise eingesetzt wären, als bei der direkten monetären Förderung junger
279 Unternehmen. Dies hätte zudem den Vorteil, mehr Menschen bei gleichem oder
280 niedrigerem Mitteleinsatz erreichen zu können.

281 Darüber hinaus müssen wir Gründerinnen und Gründer sowie Absolventinnen und
282 Absolventen stärker an Karlsruhe binden. Gerade die vielen Menschen, die an die
283 Hochschulen strömen bzw diese nach dem Studium verlassen, müssen stärker in die
284 Stadtgesellschaft eingebunden werden, denn sie bilden das größte Kapital für den
285 Wirtschaftsstandort Karlsruhe. Hierbei kommen einerseits die weichen Standortfaktoren
286 zum Tragen: die Stadtgesellschaft mit Vereinen, Kulturinstitutionen und
287 Naherholungsräumen – und faktisch harte Standortfaktoren wie das Wohnungsangebot,

288 Familienfreundlichkeit im Allgemeinen und Betreuungsangebote im Speziellen.
289 Andererseits fordert dies das Zusammenwirken der Hochschulen und der Stadt. Gerade
290 das KIT als größter Arbeitgeber und Ausbilder der Stadt muss zum natürlichen Partner in
291 Sachen Wirtschaftsförderung werden.

292 „Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten!“ wirbt eine große Gewerkschaft für
293 Chancengleichheit. Und es stimmt: Die Unterstützung von Frauen beim Wiedereinstieg in
294 den Beruf ist ein Wirtschaftsfaktor. Eine unabhängige Beratungsstelle, wie sie die
295 „Kontaktstelle Frau und Beruf“ darstellt, weckt Potenziale. Die Kontaktstelle nicht mehr zu
296 unterstützen, bedeutet den Wegfall einer wichtigen, unabhängigen Unterstützung bei der
297 Orientierung auf dem Weg zurück in den Beruf. Darum wollen wir die Kontaktstelle weiter
298 fördern!

299 **Bildung, Kinder, Jugend**

300 Zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunen gehört die Bildung. Der gerechte Zugang zu
301 Bildung liegt in unserer Verantwortung. Das bedeutet, allen Kindern Zugang zu
302 frühkindlicher Bildung zu ermöglichen und im Anschluss ihre schulische und persönliche
303 Entwicklung zu unterstützen. Damit können wir als Kommune Chancengleichheit
304 befördern und allen Kindern ermöglichen, ihr Potenzial auszuschöpfen. Das ist die
305 effektivste Präventionsmaßnahme gegen spätere Armut. An der Bildung darf deshalb nicht
306 gespart werden – darüber besteht ein breiter Konsens in der Stadtpolitik.

307 Der Bedarf an Kleinkindbetreuung in Karlsruhe wächst. Deshalb setzen wir uns dafür ein,
308 dass in allen Stadtteilen mit Defiziten die Plätze so schnell wie möglich ausgebaut werden.

309 Beitragsfreie Kindergärten sind sicher wünschenswert und ein erheblicher Faktor für
310 Chancengleichheit. Während des Ausbaus der Kindertagesstätten bei gleichzeitiger
311 Qualitätsverbesserung, kann dieses Ziel ohne Bund und Land nicht erreicht werden.
312 Weitere Erhöhungen der Elterngebühren lehnen wir ab.

313 Wir wollen die Ganztagsgrundschulen weiter ausbauen und gleichzeitig mehr
314 Halbtagsgrundschulen mit ergänzender Betreuung einrichten, damit in allen Stadtteilen
315 Eltern und Kinder das für sie passende Konzept wählen können.

316 Durch das Ende der verbindlichen Grundschulempfehlung hat sich die Landschaft der
317 weiterführenden Schulen stark verändert. Die Zahl der Werkrealschulen in Karlsruhe
318 wurde auf vier reduziert. Die Gemeinschaftsschule hingegen ist in Karlsruhe ein
319 Erfolgsmodell und auch die Anmeldungen an Gymnasien nehmen zu. Durch diese
320 Umbrüche braucht es umfangreiche Schulbaumaßnahmen. Uns ist es wichtig, dass
321 Karlsruhe weiterhin die notwendigen Baumaßnahmen so schnell wie möglich durchführt,
322 um an allen Schularten optimale Lernvoraussetzungen zu schaffen.

323 Schulsozialarbeit – an allen Schularten – ist zu wichtig, um sie anstehenden Sparrunden
324 zu opfern. Der Wegfall dieser Maßnahmen hätte erhebliche negative Auswirkungen für die
325 Betroffenen und auch die öffentliche Hand hätte in der Folge große zusätzliche
326 Sozialkosten zu tragen.

327 Wir unterstützen die ergänzenden Bildungsangebote an Schulen, die in Kooperation mit
328 Sportvereinen, mit Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstlern sowie mit Umwelt-
329 und Naturschutzverbänden im Nachmittagsbereich durchgeführt werden, und setzen uns
330 für eine stärkere Förderung ein.

331 Eine wichtige Aufgabe und gleichzeitig große Herausforderung ist der gesetzlich
332 verankerte Rechtsanspruch auf inklusive Bildung. Im Vergleich zu anderen Kommunen ist
333 in Karlsruhe die Quote der Kinder mit Behinderungen, die eine allgemeine Schule
334 besuchen, noch gering. Deshalb haben wir ein Konzept zur Herstellung von
335 Barrierefreiheit an allen Schularten von der Stadt beantragt.

336 Teilhabe junger Menschen ist für uns GRÜNE auch über Bildungseinrichtungen hinaus ein
337 Herzensanliegen. Hierzu braucht es bedarfsgerecht ausgestaltete Freizeit- und
338 Kulturangebote in jedem Stadtteil. Die von der Stadt bezuschussten außerschulischen
339 Bildungsträger wie KONS, Jugendkunstschule, Volkshochschule und die Angebote des
340 Stadtjugendausschusses müssen weiterhin allen Kindern und Jugendlichen in unserer
341 Stadt offenstehen. Dies gilt natürlich auch für Ferienangebote.

342 Die niedrigschwelligen Teilhabeangebote des Stadtjugendausschusses werden stets
343 weiterentwickelt und wurden bereits vor zwei Jahren durch eine zusätzliche Stelle
344 gestärkt. Jetzt gilt es, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen weiter zu
345 unterstützen. Die letzte Reform der Gemeindeordnung bietet da einige Ansätze, wie
346 Antragsrecht in Gemeinde- und Ortschaftsräten bis zum eigenen Budget einer
347 Jugendvertretung.

348 Auch Unterstützungsangebote der Jugendhilfe dürfen nicht finanziellen Zwängen zum
349 Opfer fallen. Sie sind wichtige präventive Maßnahmen, die zukünftig Kosten sparen.
350 Gerade angesichts vieler zugewanderte Kinder und Jugendlicher – teilweise von
351 Fluchterfahrungen traumatisiert – und damit einhergehenden unterschiedlichen
352 Wertvorstellungen - braucht es neue, genau zugeschnittene Unterstützungsangebote,
353 inner- und außerschulisch.

354

355 **Soziales, Arbeitsförderung, Integration**

356 Die Übernahme von Verantwortung für Schwächere muss für die Stadt nicht unbedingt
357 eine Kostenfrage sein. Viele Anspruchsberechtigte verzichten auf die ihnen zustehende
358 Grundsicherung vom Bund, sei es aus Scham oder mangelnder Information. Das spart
359 Geld - drängt aber Menschen weiter an den Rand der Gesellschaft. Informationen über
360 zustehende soziale Hilfen sollten deshalb niedrigschwellig und breit verfügbar sein.

361 Die Stadtverwaltung beginnt nun mit der aktiven Bewerbung des Karlsruher Passes. Das
362 begrüßen wir. Wir fordern aber mehr Information, damit alle Menschen in der Stadt ihre
363 Ansprüche kennen und nutzen können.

364 Wir GRÜNE übernehmen Verantwortung für die Allerschwächsten und stehen gegen
365 Einsparungen in diesem Bereich ein. Das heißt nicht, dass im Sozialbereich keine
366 Kürzungen vorgenommen werden dürfen. Es bedeutet aber, dass wir genau hinschauen,
367 ob Geld gespart werden kann, ohne Strukturen zu zerschlagen und ohne diesen
368 Menschen Anlaufstellen und Unterstützung zu entziehen.

369 Das bedeutet für uns unter anderem, dass wir diesen vorgeschlagenen Einsparungen sehr
370 kritisch gegenüber stehen:

- 371) Einsparungen bei der Anlaufstelle IGLU für junge Menschen in Obdachlosigkeit,
- 372) Einsparungen bei den Betreuungsvereinen für psychisch oder geistig kranke und
373 behinderte Menschen,
- 374) Einsparungen bei Wildwasser und Frauennotruf, die sich um Opfer von Gewalt
375 kümmern.

376 Denn die Zielgruppen dieser Einrichtungen benötigen unseren besonderen Schutz.

377 Das bedeutet auch, dass wir uns für den

- 378) Erhalt von Sozialarbeit im Nussbaumweg mit neuem Konzept und
- 379) den Erhalt der Prostituiertenberatung einsetzen werden, um deren
380 Lebensbedingungen, Sicherheit und Gesundheitsschutz zu verbessern.

381 In manchen Bereichen können wir durch gezielte Ausgabe von Mitteln sogar nachhaltig
382 Kosten einsparen. Die „Wohnraumakquise durch Kooperation“ motiviert
383 Privateigentümerinnen und -eigentümer zur Vermietung von Wohnraum. Dieser wird –
384 wenn nötig – renoviert und durch Belegungsrechte der Stadt an wohnungslose Menschen
385 vermietet. Dies spart der Stadt Mittel für eine Hotelunterbringungen dieser Menschen.
386 Durch unseren Erhöhungsantrag für die „Identifizierung und Aktivierung von leerstehenden
387 Immobilien“ erwarten wir weiteren Aufschwung für dieses Erfolgsmodell.

388

389 Die Aktivitäten von SozPädAl gehen über die reine Wohnraumakquise weit hinaus. Der
390 Verein stellt durch Untervermietung Wohnraum für Menschen zur Verfügung, die auf dem
391 freien Wohnungsmarkt keine Chance haben. und eröffnet mit den Betroffenen Auswege
392 aus der Perspektivlosigkeit. Dies wollen wir auch weiterhin unterstützen.

393 Einsparungen bei benachteiligten Kindern und Jugendlichen bedeuten noch höhere
394 Folgekosten. Ein Leben ohne Zukunftsaussichten bedeutet ein Leben ohne Würde! Daran
395 kann man etwas ändern. In Anbetracht der auch in Karlsruhe steigenden Kinderarmut
396 bedauern wir, dass dieser Bereich in der Rede des Oberbürgermeisters nicht aufgegriffen
397 wurde.

398 Die Zahl der Alleinerziehenden wächst immer weiter – bundesweit – und mit ihr das
399 Armutsrisiko von Kindern. Über ein Viertel der Alleinerziehenden in Karlsruhe sind mit ihrer
400 finanziellen Situation unzufrieden, mehr als ein Drittel von ihnen gerät gelegentlich in
401 Zahlungsschwierigkeiten. Zahlungsschwierigkeiten können Hunger bedeuten. Sie können
402 auch bedeuten, Hefte für die Schule nicht mehr bezahlen zu können. Dem sollte eine
403 Stadt wie Karlsruhe entgegen wirken.

404 Ein Weg aus der Armutsfalle kann für viele Alleinerziehende und ihre Kinder eine
405 Teilzeitausbildung sein. Die diesbezüglichen Aktivitäten des Jobcenters sollen deshalb
406 weiter stark unterstützt werden.

407 Langzeitarbeitslose profitieren leider kaum von der positiven Entwicklung in der Wirtschaft
408 und am Arbeitsmarkt. Mit über 2.500 betroffenen Menschen liegt die
409 Langzeitarbeitslosigkeit in Karlsruhe unverändert auf hohem Niveau. Deshalb hat
410 Karlsruhe schon lange einen sozialen Arbeitsmarkt geschaffen, der diesen Menschen
411 mehr Teilhabe und häufig die Rückkehr in ein strukturiertes Leben ermöglicht. Das
412 Gesamtkonzept Arbeit reicht aber nicht aus, den Bedarf der Menschen zu decken, die
413 arbeiten möchten, aber aufgrund verschiedenster sogenannter „Vermittlungshemmnisse“
414 nicht arbeiten können. Deshalb wollen wir das Budget des Gesamtkonzepts Arbeit auf der
415 vom Sozialausschuss beschlossenen Höhe von 1 Mio. Euro belassen.

416 Seit geraumer Zeit suchen immer mehr Menschen in Deutschland Zuflucht vor Krieg und
417 Verfolgung. Diese Menschen bringen oft Fähigkeiten mit, auf die unsere hiesige Wirtschaft
418 weder verzichten kann noch möchte. Die zukünftige Wohnsituation der anerkannten
419 Flüchtlinge, ihre Ausbildungs- und Arbeitsplatzförderung und vor allem ihre Integration in
420 unsere Gesellschaft werden DAS Thema der kommenden Jahre sein.

421 Wir begrüßen daher, dass die Transferleistungen im Bereich Integration auf dem Stand
422 von 2015 fortgeschrieben werden.

423 Die Fortschreibung des Flüchtlingsfonds ist uns wichtig. Damit wollen wir aber in Zukunft
424 wieder neue Integrations-Projekte anstoßen. Besonderen Bedarf sehen wir bei Menschen
425 mit Duldung. Diese leben oft über lange Zeiträume in rechtlicher Unsicherheit in Karlsruhe.
426 Gezielte Anstrengungen zu einer Verbesserung ihrer persönlichen Situation und

427 Integration sind für eine gute Stadtgesellschaft dringend notwendig.

428 Der demographische Wandel macht auch vor Karlsruhe nicht Halt. Bis 2030 wird ungefähr
429 einer von drei Menschen in Karlsruhe über 65 Jahre alt sein. Neben seniorinnen- und
430 seniorengerechten Angeboten in der Stadt muss deshalb auch das Pflegeangebot in
431 Karlsruhe ausgebaut werden. Durch wohnortnahe Pflege können Menschen auch im Alter
432 in ihren Stadtteilen, in ihrem sozialen Umfeld verbleiben. Wir begrüßen daher, dass die
433 Transferleistungen in diesem Bereich in gleicher Höhe fortgeschrieben werden.

434 **Gesundheit, Sport, Veranstaltungen**

435 Das städtische Klinikum ist als sogenannter Maximalversorger das Rückgrat der örtlichen
436 Gesundheitsversorgung und somit eine der wichtigsten Einrichtungen der kommunalen
437 Daseinsfürsorge. Wir GRÜNE unterstützen deshalb die Ziele seines
438 Weiterentwicklungskonzepts. Leistungsfähigkeit und Patientenorientierung des Klinikums
439 müssen auch in Zukunft im Sinne der gesamten Region erhalten bleiben. Hierzu sind die
440 vorgesehenen Investitionszuschüsse in vollem Umfang notwendig. Erfreulicherweise fand
441 Ende September bereits das Richtfest des künftigen neuen Institutsgebäudes statt. Das
442 Klinikum befindet sich auf einem guten Weg.

443 Für die Gesundheit und das körperliche Wohlbefinden der Menschen ist es aber auch
444 wichtig, vielfältige und niedrigschwellige Sportangebote vorzufinden. Um dies zu
445 gewährleisten, muss Karlsruhe dies auch weiterhin fördern. Derzeit werden die
446 Sportförderrichtlinien überarbeitet und deren Ziele neu gefasst, um den aktuellen
447 Anforderungen gerecht zu werden.

448 Entscheidend ist hierbei die Schwerpunktsetzung. Wir GRÜNE wollen die kommunale
449 Sportförderung vor allem im Breiten- und Gesundheitssport verwirklicht sehen. Der
450 aus dem Stadtgeburtstag hervorgegangene und dieses Jahr vom Schul- und Sportamt
451 zusammen mit der Vereinsinitiative Gesundheitssport organisierte „Frühsport im
452 Schlosspark“ ist ein besonders gutes Beispiel für Niedrigschwelligkeit und Breitenwirkung.
453 Stadt und Vereine arbeiten zusammen, viele Menschen aller Altersgruppen und
454 Hintergründe werden erreicht und im Wortsinn „bewegt“.

455 Sport birgt die Chance, Integration zu erleichtern. Sport ermöglicht Begegnungen „auf
456 Augenhöhe“ mit Menschen verschiedenster Kulturkreise. Aktivitäten in diesem Bereich
457 wollen wir deshalb verstärkt fördern.

458 Besonders Kinder und Jugendliche müssen wieder mehr für Sport begeistert werden. Bei
459 immer mehr Kindern liegt eine alarmierende motorische Unterentwicklung vor. Die Mittel
460 für Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen sind also mehr als sinnvoll
461 angelegt und müssen bei Bedarf wieder erhöht werden. Da die Zahl der Ganztagschulen
462 und damit der Betreuungsbedarf weiter wächst, müssen Vereine, Schulen und Stadt

463 gemeinsam neue Lösungen entwickeln. Dies hilft nicht nur der Gesundheit junger
464 Menschen sondern auch den von Nachwuchssorgen geplagten Vereinen.

465 Auch Leistungssport verdient Förderung. Diese muss aus GRÜNER Sicht aber in einem
466 sinnvollen Verhältnis zur Förderung des Breitensportes stehen. In weiten Teilen
467 unterstützen wir die Leistungssportkonzeption der Stadt Karlsruhe und die damit
468 einhergehende Sportförderung Karlsruher Athletinnen und Athleten.

469 Sportkultur kann verschiedenste Menschen aus unserer Stadt erreichen und ihnen
470 unvergessliche Erlebnisse bieten. Sie bildet ein Angebot mit Breitenwirkung, das ganz
471 andere Bevölkerungskreise erreicht als typische Kulturveranstaltungen.

472 Wir haben daher angeregt, eine wettkampftaugliche Ballsporthalle für bis zu 3.000
473 Zuschauer zu errichten. Mit den PSK Lions und der BG Karlsruhe haben wir zwei
474 Basketball–Drittligisten in Karlsruhe, mit den KIT Gequos einen Viertligisten dahinter. Der
475 SSC stellt eine Herren-Volleyball-Mannschaft in der dritten Liga mit Aufstiegsambitionen.
476 Daneben gibt es eine breite Handballszene in Karlsruhe, der wir natürlich ebenfalls den
477 Erfolg wünschen, um in einer solchen Halle spielen zu können.

478 Ich selbst gehe gerne zu Fußballspielen des KSC, wenn meine Zeit es zulässt.
479 Und wir GRÜNE wollen ein Stadion, das den Ligabetrieb auch in Zukunft ermöglicht und
480 haben daher für Umbau und Modernisierung plädiert. Gerade die Haupttribüne hätte
481 erhalten bleiben können, denn sie ist erheblich jünger und hätte umgebaut werden
482 können.

483 Die aktuelle Planung und die zusätzlichen Forderungen des KSC bedeuten aber weit
484 mehr. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die Stadt in diesem Sportbereich, der hohe
485 Gewinne für viele andere Vereine abwirft, alle Risiken des Neubaus für den Verein trägt.
486 Die Wahrscheinlichkeit eines Neubaus und damit eine Investition von 113 Mio. Euro auf
487 Seiten der Stadt, hat sich nach der Entscheidung am vergangenen Sonntag sehr erhöht.
488 Aber wir GRÜNEN werden unser Bestes tun, die Kosten möglichst gering zu halten.

489 Hohe sechsstellige Beträge der Stadt zu Großveranstaltungen wie dem Indoor-Meeting
490 müssen aus unserer Sicht an ihrem Marketing-Effekt gemessen werden und sich rechnen.
491 Dies sehen wir durch dieses eintägige Event aber nicht erfüllt. Deshalb lehnen wir dessen
492 hohe Subventionierung weiterhin ab.

493

494 **Verwaltung, Digitalisierung, Open Government, Personal,**
495 **städtische Gesellschaften**

496 Wir alle wollen eine moderne und zukunftsfähige Verwaltung. Dies hat zwei Aspekte –
497 beide kosten Geld.

498 Seien es die Menschen, die in dieser Stadt wohnen, die die Verwaltung am liebsten gar
499 nicht wahrnehmen möchten – weil alles wie von selbst glatt läuft.

500 Seien es die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung, die sich von ihrer Arbeitgeberin
501 Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen wünschen.

502 Es ist unvermeidlich, dass Karlsruhe bei den vielen anstehenden Verrentungen und
503 Pensionierungen als attraktive Arbeitgeberin positioniert. Attraktivität als Arbeitgeberin ist
504 aber nicht umsonst zu haben. Und die Kosten im Personalbereich steigen ohnehin stetig
505 an.

506 Dies sollte Anlass für uns selbst, die Stadtpolitik, und auch für die Stadtverwaltung sein,
507 sich intensiver als bisher – beispielsweise zusammen mit den betroffenen
508 Personalvertretungen – damit auseinanderzusetzen, welche Maßnahmen die Attraktivität
509 Karlsruhes in den Augen zukünftiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern effektiv steigern
510 können. Wichtiger als teure Maßnahmen sind hierbei Lob und Anerkennung,
511 Entwicklungsmöglichkeiten und unterstützende Führung.

512 Nur wer sich wertgeschätzt fühlt, bleibt auf Dauer bei uns.

513 Wichtig ist uns auch, den Mitarbeitern UND den Mitarbeiterinnen Aufstiegschancen zu
514 bieten - und daran müssen wir noch arbeiten. Während sich die Stadt mit tatkräftiger
515 Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten bemüht, Chancengleichheit zu
516 gewährleisten, sind – abseits des schlechter entlohnten Sozial- und Erziehungsdienstes –
517 Frauen in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Besonders drastisch stellt
518 sich dies im Bereich der Gesellschaften dar, wo in der Regel erheblich höhere Gehälter
519 fließen.

520 Die Stadt muss sich deshalb ihrer Verantwortung, moderne und vor allem faire
521 Arbeitgeberin zu sein, noch stärker stellen.

522 Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung ergeben sich immer neue Möglichkeiten, die
523 mündige Stadtgesellschaft zu fördern. Open Government und Open Data – also die
524 Einbeziehung der Stadtgesellschaft in die Politik und die Zur-Verfügung-Stellung der bei
525 der Stadt vorhandenen Informationen – können das fortschrittliche Image unserer Stadt
526 befördern und sollten schnellstmöglich zu einer Selbstverständlichkeit werden.

527 Auch Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsaufstellung konstruktiv
528 zu beteiligen, sollten immer wieder geprüft werden.

529 Um der Stadt Kosten und der Stadtbevölkerung Zeit zu sparen, bietet die Digitalisierung
530 ebenfalls große Chancen. Um diese zu erkennen und zu nutzen, erscheint uns die
531 Neugründung eines IT-Amtes als richtiger Schritt. Zunächst verursacht diese natürlich
532 zusätzliche Kosten.

533 Die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können und müssen sich deshalb darauf
534 konzentrieren, Lösungen zu schaffen, die der Verwaltung wie auch dem Gemeinderat die
535 Arbeit vereinfachen.

536 Wenn wir hier zielgerichtet vorgehen, birgt dies erhebliche Einsparpotenziale in der
537 gesamten Verwaltung.

538 Insgesamt stehen die GRÜNEN der Bündelung von Fachkompetenz sehr zustimmend
539 gegenüber. Zum Beispiel birgt die zentrale Vergabestelle weitere Potenziale, wenn sie
540 mehr Aufträge bündelt und ihr Know-How in Sachen Ausschreibungen voll ausnutzen
541 kann.

542 In anderen Bereichen scheinen wir aber den gegenteiligen Weg einzuschlagen und uns zu
543 verzetteln. Die Gesellschaftsneugründungen im Bereich Tourismus, Marketing und Events
544 haben dazu geführt, dass zusätzliche Aufgaben geschaffen worden sind. Die Kosten
545 dieser drei Gesellschaften und ihrer Projekte scheinen sich nun auf hohem Niveau zu
546 stabilisieren. Eine Verschlankung der Strukturen in diesem Bereich ist nicht nur aus
547 finanziellen Gründen sinnvoll. Auch die inhaltliche Arbeit wird nicht besser, wenn man
548 mehr Schnittstellen einbaut. Wir GRÜNE wünschen uns für die Zukunft deshalb eine
549 schlagkräftige Marketingeinheit und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen.

550 Die KMK verringert ihren Zuschussbedarf im kommenden Doppelhaushalt um gut drei
551 Prozent. Diese Anstrengung wissen wir wertzuschätzen. Von den hohen Kosten des
552 Messeneubaus kommt sie aber natürlich nicht herunter. Zwölf Millionen Euro
553 Zuschussbedarf im Jahr zeigen: Wer erzählt, Investitionen haben nicht mit dem
554 Ergebnishaushalt zu tun, der lügt.

555 Die Sanierung der Stadthalle tragen wir grundsätzlich mit. Alleine aus
556 Brandschutzgründen ist sie unumgänglich. In Anbetracht der Haushaltslage, muss die
557 Sanierung des Gebäudes allerdings sehr zweckorientiert erfolgen. Wunschvorstellungen,
558 die keinen nennenswerten Mehrwert in Bezug auf Veranstaltungsakquise haben, können
559 wir uns nicht mehr leisten.

560 **Haushalt**

561 Auf den ersten Blick liegt der Schluss nahe, dass wir das Loch in unserem Haushalt selbst
562 gebuddelt haben – also an zu vielen Baustellen gleichzeitig werkeln.

563 Und tatsächlich tragen Investitionen in Großprojekte und die daraus resultierenden
564 Folgekosten einigen Anteil an der schlechten finanziellen Lage, in der wir uns heute

565 befinden und noch mehr daran, dass sich diese auf absehbare Zeit nicht verbessern lässt.
566 Darüber hinaus hat man versäumt, frühzeitig umzusteuern. Stattdessen hat man sich
567 anscheinend auf Einmaleffekte verlassen und verdrängt, dass diese irgendwann
568 ausbleiben könnten. Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen.

569 Die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht abzusehen. Deshalb müssen die
570 aktuellen und kommenden Ergebnishaushalte unbedingt ausgeglichen sein, um
571 Einsparungen nicht zu vertagen und unseren Nachfolgerinnen und Nachfolgern
572 aufzubürden. Der erste Schritt hierzu ist getan.

573 Wir müssen aber über 2021 hinaus planen. Die Taktik, frühzeitig strukturell einzusparen,
574 mindert weitere Einschnitte in den direkt folgenden Jahren.

575 Grundsätzlich muss uns klar sein, dass – sollte die Stadt das strukturelle Defizit in den
576 kommenden Haushalten nicht verhindern können – eine erneute, mindestens ebenso
577 schmerzhaft Sparrunde ins Haus steht.

578 Wollen wir eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben, die die Probleme nicht nur aufschiebt,
579 so darf in keinem Haushalt ein deutlich negatives Ergebnis stehen. Vielmehr sollte durch
580 frühzeitige strukturelle Einsparungen Spielraum für lange versäumte Investitionen
581 geschaffen werden.

582 Der Bereich Steuer- und Gebührenerhöhungen scheint uns dabei weitestgehend
583 ausgereizt. Wenn wir hier den Bogen überspannen, laufen wir Gefahr, damit Fachkräfte
584 und Unternehmen zu vergraulen. Das könnte eine Abwärtsspirale in Gang setzen, die
585 keine/r von uns will.

586 Trotz der positiven Ergebnisse in beiden Haushaltsjahren werden erneut die Schulden
587 nahezu verdoppelt. Bei einem positiven Ergebnishaushalt scheint das vorerst nicht weiter
588 schlimm.

589 Doch die Entwicklung der Zinsen ist unsicher. Um das Risiko einer übermäßigen
590 Zinsbelastung gering zu halten, sollten wir in der Lage sein, Kredite, die wir heute
591 aufnehmen, auslaufen zu lassen, wenn sie fällig sind, anstatt sie in gleicher Höhe wieder
592 aufnehmen zu müssen. Dafür ist es nötig, schon heute eine Art Ausstiegsszenario aus den
593 Schulden zu entwickeln.

594 Wenn wir in Zukunft langfristiger planen und sparsam haushalten – gerade wenn es gut
595 läuft – können wir Sparrunden, wie die aktuelle, vermeiden. So retten wir Strukturen über
596 Zeiten, in denen es uns nicht so gut geht, hinweg und bieten jeder Generation eine
597 lebenswerte Stadt.

598

599 **Dank und Anregungen**

600 Unser Dank in Bezug auf den Doppelhaushalt gilt erneut Ihnen, Herr Dollinger, Ihnen, Herr
601 Deck, und all Ihren Kolleginnen und Kollegen, die wieder sehr viel Arbeit bei der Erstellung
602 aufgebracht haben.

603 Unsere Bitten bleiben ebenfalls dieselben, wie vor zwei Jahren:

604) Wir wünschen uns eine Erklärung aller größeren Abweichungen von den
605 Planzahlen der Vorjahre. Dies erspart uns und Ihnen aufwändige Nachfragen.

606) Außerdem bilden Ziele und Kennzahlen konkrete Ansätze, um politisch umzu
607 steuern. Deshalb sollten wir diese häufiger in den Fachausschüssen beraten und
608 vor der nächsten Haushaltsaufstellung dort beschließen.

609 Ich wünsche uns allen und unserer Stadt nun anregende Beratungen und gute
610 Ergebnisse, die Karlsruhe voranbringen.